19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gleichbehandlung jetzt – für eine Ramadan-Beleuchtung in Berlin!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich zum kommenden Jahr 2026 und dann jährlich für die Anbringung von Ramadan-Beleuchtungen im öffentlichen Raum einzusetzen, so dass diese analog zur Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt sichtbar wird. Zur Realisierung ist die frühzeitige Zusammenarbeit und gemeinsame Planung mit den in Frage kommenden Bezirken, mit muslimischen Gemeinden sowie mit privatwirtschaftlichen Akteur*innen wie dem Handelsverband Berlin-Brandenburg zu suchen.

Besonders geeignet sind für eine Beleuchtung prominente belebte öffentliche Straßenzüge und Plätze wie der Kurfürstendamm, Unter den Linden, die Friedrichstraße oder der Potsdamer Platz.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. September 2025 zu berichten.

Begründung

Der Islam gehört zu Berlin und wird von vielen Berliner*innen praktiziert. Für die Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls und als Ausdruck der Akzeptanz und Wertschätzung von Berliner Muslim*innen wäre es ein wichtiges Zeichen, erstmals zum Fastenmonat Ramadan im kommenden Jahr und dann jährlich eine öffentliche Festbeleuchtung zu installieren. Die Finanzierung soll entsprechend der bestehenden Weihnachtsbeleuchtung über Tourismusmittel und/oder Sponsoring erfolgen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es in diesem Jahr bereits ein erstes Lichtzeichen zum Fastenmonat vor dem Rathaus Mitte gab. Die selbstverständliche Sichtbarmachung muslimischen Lebens sollte sich nicht allein auf

„migrantisch geprägte“ Orte in Berlin beschränken, sondern in der Breite der Gesellschaft Raum finden können. Die Auswahl des Ortes soll partizipativ erfolgen.

Ähnlich wie für Christ*innen zur Weihnachtszeit ist der Fastenmonat Ramadan für Muslim*innen eine überaus wichtige Zeit, bei der es um Empathie und Nächstenliebe für Bedürftige und Menschen in Not geht.

Als marginalisierte Gruppe erleben Muslim*innen viel Ablehnung, Diskriminierung und Ressentiments. Aus Selbstschutz vor ablehnenden Haltungen und dem tagtäglichen Otherring, ziehen sich manche muslimische Personen in ihre eigenen Communitys zurück, wo sie vor Diskriminierung geschützt sind.

Es bedarf insofern Maßnahmen, die zu mehr Akzeptanz und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts führen. Die Anbringung einer Ramadan-Beleuchtung ist dabei ein kleiner Schritt, um das Gefühl der selbstverständlichen Zugehörigkeit und der Akzeptanz von muslimischer Sichtbarkeit zu unterstützen. Dabei soll der Senat die Möglichkeiten einer Einbindung senatseigener finanzieller Mittel sowie die Einwerbung von privatem Kapital prüfen. In Deutschland haben bereits drei Städte eine Ramadan-Beleuchtung praktiziert: Frankfurt, Köln und München. In Anbetracht der Tatsache, dass in Berlin deutschlandweit die meisten Muslim*innen in absoluten Zahlen leben, erscheint es angemessen, dass auch Berlin eine Beleuchtung zum Ramadan ermöglicht.

Die Anbringung der Ramadan-Beleuchtung ergänzt außerdem die Handlungsempfehlungen der Expert*innenkommission „Antimuslimischer Rassismus“, die dem Senat im September 2022 überreicht wurden. Zu deren Umsetzung hatte sich die Senatorin für Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung des Senats Wegner bekannt.

Tatsächlich hat der antimuslimische Rassismus besorgniserregende Dimensionen entwickelt. Betroffene berichten von täglichen Anfeindungen und Gewaltausübungen, die in Form von physischen und verbalen Attacken auftreten. Insbesondere im öffentlichen Raum macht sich der antimuslimische Rassismus bemerkbar, doch auch in digitalen Räumen sind verstärkt antimuslimische Feindseligkeiten aufzufinden. Die Anbringung einer Ramadan-Beleuchtung bedeutet auch, Solidarität zu bekunden sowie ein Zeichen gegen Hass und Rassismus zu setzen.

Außerdem wäre es in einer Stadt wie Berlin, die großen Wert auf die Gleichbehandlung aller Bürger*innen legt, ein Zeichen von Teilhabe und Gleichbehandlung, wenn neben der Weihnachtsbeleuchtung und den sichtbaren Chanukka-Leuchtern auch eine Ramadan-Beleuchtung angebracht werden würde.

Berlin, den 6. Mai 2025

Jarasch Graf Bozkurt Kahlefeld Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen